

Lügenpresse?

Thomas Bimesdörfer

Evangelische Akademie der Pfalz

Landau, 9.7.2015

Einen schönen guten Abend, meine Damen und Herren.

Ich darf bekennen, ich bin Teil des Problems und das sogar in doppelter Hinsicht. Als Journalist ein Lügner und als Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein Profiteur der Zwangsabgabe, ein Knecht der Systemmedien, ein Staatsfunker.

So jedenfalls würden mich nicht wenige beruflich charakterisieren, die sich aktuell lautstark zu Wort melden und dafür gesorgt haben, dass „Lügenpresse“ zum Unwort des Jahres 2014 gewählt worden ist.

Ich bin also befangen bei diesem Thema. Aber, auch das gleich vorweg: ich nehme die Vorwürfe ernst. Ich will deshalb heute Abend nach Gründen suchen, warum die „Lügenpresse“ aktuell in zu vieler Leute Munde ist, nichts verteidigen und auch nicht zum Gegenangriff übergehen. Kritiker, Nörgler, Besserwisser sind schon immer treue, wenn auch unbequeme Wegbegleiter journalistischen Handelns. „Nach Pressfreiheit schreit niemand, als wer sie missbrauchen will“, darf man Johann Wolfgang von Goethe gemäß seiner posthum erschienenen Maximen und Reflexionen zitieren. Oscar Wilde schrieb in seinem Manifest über den „Sozialismus und die Seele des Menschen“, erschienen 1891: „In früheren Zeiten bediente man sich der Folter, heute bedient man sich der Presse“.

Und Maxim Gorki soll gesagt haben: „Jede Zeitung, die ja ihren Wirkungsbereich hat, infiziert täglich ihre Leser mit den schändlichsten Gefühlen, mit Bosheit, Lüge, Heuchelei und Zynismus...“.

Drei Zitate aus drei Ländern und grob dreihundert Jahren, kein empirischer Beweis aber ein Beleg für die schon immer durchwachsene Reputation der Medien.

Franz-Josef Strauß beschimpfte Journalisten als "jubiläumliche Hofhunde", Helmut Schmidt als "Wegelagerer", Helmut Kohl

sah in seinen 16 Jahren als Bundeskanzler fast überall Gesinnungsjournalisten am Werk und gab nur noch handverlesenen Redakteuren ein Interview, Oskar Lafontaine hat bis heute ein angespanntes Verhältnis zum "Schweinejournalismus", dem er als saarländischer Ministerpräsident auch mit einem strengen Gegendarstellungsrecht ans Leder ging. Der ehemalige Außenminister Joschka Fischer soll einmal von Journalisten als "Fünf-Mark-Nutten" gesprochen haben. Hier liegt allerdings ein halbherziges Dementi vor. Und obwohl die Partei aktuell im Bundestag nicht mehr vertreten ist, schnell auch noch ein wohlfeiles Zitat aus FDP-Kreisen: der frühere Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat über journalistische Todesschwadronen schwadroniert. Diese parteienübergreifende Journalistenbeschimpfung hat übrigens der inzwischen emeritierte Dortmunder Journalistikprofessor Hort Pöttker bereits 2003 im Fachorgan „Publizistik“ zum ersten Mal zusammengetragen.

In der durch Befragungen erhobenen Liste der angesehensten Berufe dümpelt der Journalismus seit Jahr und Tag im unteren Mittelfeld herum. Etwas mehr als die Hälfte der Bundesbürger hat keine hohe Meinung von Leuten wie mir. Viel besser ergeht es da der Feuerwehr, dem Gesundheitssektor, der Rechtspflege inklusive Polizei, sogar Soldaten und Lokführern. Richtig miese Werte haben Politiker, Mitarbeiter von Telefongesellschaften (vielleicht weil man sie nie zu Gesicht bekommt), Werbekaufleute und natürlich der gute alte Versicherungsvertreter.

Bleiben wir beim Journalismus. Dankenswerterweise bis zu 48 % der Befragten sehen darin die 4. Gewalt im Staate, das Wächteramt einer Demokratie, einen Transmissionsriemen für das Zeitgespräch, einen Garant der freien Meinungsäußerung und Informationsfreiheit. Der etwas größere Rest verachtet uns. Mehr oder weniger. Trotz Rudolf Augstein, Hajo Friedrich, Bob Woodward und Carl Bernstein. Oder hält uns für verzichtbar, auf jeden Fall für überbezahlt und überprivilegiert. Nach 1968 standen die bundesdeutschen Medien in gewissen, nicht nur akademischen Kreisen unter dem Generalverdacht, konservativ

bis reaktionär zu sein, unliebsame, sprich linke Nachrichten zu unterdrücken und den Wahlbürger auf Befehl von Oben zu manipulieren. Verleger und Intendanten galten als Erfüllungsgehilfen des Kapitals, ihre „Lohnschreiber“ oder „Mikrofondienstleister“ konnten daher nur willenlose Sklaven sein. Wer also denkt, die jüngsten politischen und polemischen Einwände gegen die Informationsmedien seien ein völlig neues, ausschließlich dem rechten Rand des Meinungsspektrums zuzuordnendes Phänomen, der irrt. Gewaltig sogar. Medienschele gehört zum Grundrauschen eines jeden gesellschaftlichen Diskurses. Die Zeit hat unlängst dazu getitelt: „Die Kritik an der Zeitung ist so alt wie die Zeitung selbst“. Aber sollen wir es dabei belassen? Ich denke nein. Wir können unsere professionellen Standards nur dann immer wieder bewerten und justieren, wenn wir uns unvoreingenommen dieser (Dauer-) Kritik stellen. Das fällt allerdings zunehmend schwer. Die Medienschele ist aggressiver, lauter und vielstimmiger geworden in den Zeiten des Web 2.0. Von Etikette, Netiquette oder einfach nur einem zivilisierten Umgang miteinander ist oft nur noch wenig zu merken. Das liegt natürlich an der trotz bekannter und eklatanter Datenschutzprobleme immer noch vorhandenen Meinung, im Netz sei man auf Wunsch anonym unterwegs, müsse also nicht mit dem eigenen Namen für die eigene Meinung oder den eigenen Unrat einstehen. Ich denke aber, wir sollten auch nicht unterschätzen, dass viele unserer Kritiker einfach so nervös und unleidig sind, weil die Angst bei ihnen umgeht. Die Angst vor dem Verlust. Verlust von Vaterland, Wohlstand, Heimat, innerer Sicherheit, Natur, Gesundheit, Arbeitsplatz, Frieden, Nächstenliebe, oder internationaler Solidarität. Sie werden bemerkt haben, dass ich typische Ängste quer durch alle politische Lager aufgezählt habe. Genau so verhält es sich auch mit der Polemik. Sie ist mit vielen verschiedenen Absendern unterwegs. Hinzu kommt für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Umstellung der an tatsächlicher Bereithaltung von Hörfunk – und Fernsehgeräten orientierten individuellen Rundfunkgebühr auf die so genannte Geräte – und Haushaltsabgabe. Sie wird einerseits von interessierten

Kräften (und ich meine hier nicht zuletzt die Zeitungsverleger, die das noch bitterlich bereuen werden, aber das ist ein anderes Thema) als Zwangsabgabe diffamiert, andererseits von manch einem zahlenden Endverbraucher auch als Legitimation für eine selten differenzierte Fundamentalkritik heran gezogen.

Dem gegenüber steht die immer noch robuste Akzeptanz der öffentlich-rechtlichen Informationsformate, ich spreche hier vor allem über die Tagesschau, die Tagesthemen und die vergleichbaren ZDF-Formate. 71 Prozent der Fernsehzuschauerinnen und Fernsehzuschauer sehen die Informationsangebote im Ersten sehr gerne oder gerne. Beim ZDF sind es immerhin 55 Prozent. Aber: die Zustimmung war schon mal besser (1996 z.B. lag die Akzeptanzquote bei der Tagesschau bei 89 %!). Diese Zahlen stammen aus langfristigen Beobachtungen, die alle 4 Jahre von der ARD und dem ZDF veröffentlicht werden und sind daher aus 2012 und etwas angestaubt. Deutlich aktueller und weniger beruhigend sind Daten, die die Redaktion des Medienmagazins ZAPP vom Norddeutschen Rundfunk Ende 2014 in einer repräsentativen Umfrage erhoben hat. Hierbei ging es allerdings um Medien im Allgemeinen, also auch um Printmedien, und nicht nur um bestimmte öffentlich-rechtliche Informationsformate. Von den 1002 zufällig ausgewählten und am Telefon befragten Bundesbürgern ab 18 Jahren gaben knapp 70 % an, nur noch wenig bis gar kein Vertrauen in die Medien zu haben. Uneingeschränkt vertrauensvoll waren gerade mal noch 2 %. Zum Vergleich: in die aktuelle Bundesregierung haben 59 % der Befragten ein großes bis sehr großes Vertrauen. Exakt spiegelverkehrt zu den Medien ist das Vertrauen der Bundesbürger zum Bundesverfassungsgericht. Die Judikative genießt bei 70 % ein hohes Ansehen. Und infratest dimap bescherte uns im Juni dieses Jahres im Auftrag der Zeit das jetzt aktuellste mir zugängliche Datenmaterial. Untersucht wurde wieder einmal das Vertrauen in die Politik-Berichterstattung und die Mehrheit der etwa eintausend Befragten hat geantwortet, dass sie der politischen Berichterstattung "wenig" (53 Prozent) bis "gar nicht" (7

Prozent) vertrauen. Ein Viertel gab an, dass das Vertrauen in den vergangenen Jahren gesunken sei. Erfreulich aus öffentlich-rechtlicher Sicht: Hauptinformationsquelle, wenn es um politische Angelegenheit geht, bleibt nach wie vor das Fernsehen, allen voran die Sender der ARD und des ZDF. Und das gute alte Radio liegt in dieser Erhebung sogar noch vor dem Internet.

Befragt man nun die Medienskeptiker, also die Interviewten mit wenig bis gar keinem Vertrauen in die Politikberichterstattung der Medien, warum das so ist, erhält man ein durchaus differenziertes Bild. 15 % beklagen handwerkliche Mängel und erkennbar schlechte Recherche, 20 % finden die Berichterstattung einseitig, was, ergänze ich, in der Regel heißt, sie finden ihre Meinung nicht hinreichend wieder und 27 % der Skeptiker geben an, die Medien verbreiteten bewusst Falschmeldungen und manipulierten. Rechnet man diese Zahl hoch auf die Einwohner der Republik, dann rufen hier 13 Millionen Bürger: Lügenpresse!

Ich fasse einmal zusammen: Kritik an den Medien ist normal. Wir leben in bewegten Zeiten, die Unruhe innerhalb der politischen und wirtschaftlichen Landschaft überträgt sich auf die Medienwelt. Die Reputation der 4. Gewalt sinkt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat im Kern eine treue und zufriedene Kundschaft, der Vertrauensverlust ist je nach Umfrage mehr oder weniger dramatisch, doch er ist da. Und an den Rändern verabschieden sich ehemalige Rezipienten in ein Fundamentalmisstrauen. Und in diesem Bevölkerungssegment herrscht auch eine zum Teil aggressive Ablehnung der „Zwangsgebühr“ gescholtenen Haushaltabgabe. Den Rest meiner Betrachtungen will ich jetzt ausschließlich den Hauptargumenten dieser Sorgenkindern widmen.

Nach meiner Beobachtung geht es dabei um 3 Schlagworte, die chronologisch und additiv eine Wirkmacht entfalten. Political Correctness, Euro und Ukraine. Über die Political Correctness ist viel Kluges gesagt und geschrieben worden, sagen wir einfach, sie ist ein Versuch, durch gerechte Sprache die Welt

ein Stück weit besser zu machen, anerkannte Opfergruppen sprachlich aufzuwerten. Exemplarisch für den Journalismus ist dabei vor allem die Ziffer 12 des Pressekodex des Deutschen Presserates, ich zitiere:

DISKRIMINIERUNGEN

Niemand darf wegen seines Geschlechts, einer Behinderung oder seiner

Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen, sozialen oder nationalen Gruppe diskriminiert werden.

Und ergänzend und erläuternd:

RICHTLINIE 12.1 – BERICHTERSTATTUNG ÜBER STRAFTATEN

In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigten oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur

dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht.

Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.

Zitat Ende

Zur Verdeutlichung der in dieser presseratlichen Handreichung verlaufenden Konfliktlinie ein Beispiel aus meinem eigenen Berufsleben. Zum ersten mal konfrontiert mit dieser Art zu denken wurde ich Anfang der neunziger Jahre beim Saarländischen Rundfunk, als mir eine politkorrekte Kollegin erklärte, es gäbe keine Prostituiertenmorde. Man habe es ausschließlich zu tun mit tödlicher Gewalt von Männern gegen Frauen. Der Beruf spiele keine Rolle. An diesem Diktum lässt sich eine berufsethische Debatte exemplarisch führen. Denn eigentlich ist das nicht journalistisch gedacht, sollte es uns doch immer um das ganze Bild gehen und um die Geschichte hinter

der Geschichte. Und ebenso ist das Risiko, als Prostituierte Opfer eines Gewaltverbrechens zu werden, tatsächlich signifikant höher als bei Bäckereifachverkäuferinnen. Warum diese Tatsache mit appellativem Charakter an Politik, Gesellschaft und jeden einzelnen und jede einzelne eigentlich unterschlagen? Andererseits: warum eine tote junge Frau noch nachträglich durch den Schmutz ziehen und dem Täter eine Entschuldigung frei Haus liefern? Wenn Sie sich heute über öffentlich-rechtliche Medien informieren, aber auch über (fast) alle Tages – und Wochenzeitungen, werden Sie feststellen, dass es tatsächlich (fast) keine Prostituiertenmorde mehr gibt. Jedenfalls nicht in den Schlagzeilen. Sollte das Opfer allerdings bei seiner Berufsausübung getötet worden sein (und das kommt tatsächlich noch immer, wenn auch immer seltener vor), dann werden Sie es schon erfahren. Vielleicht nicht in der Kurzmeldung oder der Kurznachricht in Hörfunk und Fernsehen, aber in der ausführlicheren Berichterstattung. Nüchtern, sachlich, nicht im Mittelpunkt der Geschichte. Aber da, wo es hingehört, bei der Schilderung der näheren Tatumstände.

13 Millionen Bundesbürger sehen darin gezielte Desinformation! Ihre Wortführer argumentieren, durch die politisch korrekte Berichterstattung würden wichtige Fakten unterschlagen. Man müsse, wie früher in der DDR, zwischen den Zeilen lesen lernen. Wird über eine Straftat berichtet und der vermutliche Täter wird als Saarbrücker, Landauer, Baden-Badener beschrieben, dann lesen diese Leute: Ausländer. Hören sie „Jugendliche“, denken sie „Migranten“, wird von deutschen Staatsbürgern gesprochen, hören sie „Passdeutsche“.

Differenzierte Argumente wie das oben vorgetragene haben hier keine Gültigkeit. Jeder junge Migrant, der eine Straftat begeht, ist für sie ein Beleg für die wachsende Kriminalität durch Einwanderung und folglich relevant.

Zur nächsten Baustelle, der Euroberichterstattung. Ich kann mich noch gut an eine Redaktionssitzung in den frühen neunziger Jahren erinnern, als eine Kollegin aus der Wirtschaftsredaktion beinahe beiläufig sagte, ja und in der

Abendsendung schaffen wir auch noch die D-Mark ab. Zu meiner Ehrenrettung kann ich sagen: ich war nicht der einzige, der wie vom Donner gerührt aus der üblichen Sitzungsmeditation erwachte. Das war 1992 und es ging um den Vertrag von Maastricht. Schon damals waren die Weichen politisch gestellt, der Zug lief bereits schnurgerade Richtung Wirtschafts – und Währungsunion. An eine kontinuierliche kritische Berichterstattung zu diesem Thema ab 1989, als die Delors-Kommission erste Skizzen für einen Zeitplan veröffentlicht hatte, vermag ich mich beim besten Willen nicht zu erinnern. Im Laufe der späten neunziger Jahre begann dann durchaus eine Diskussion, aber es gelang der Regierung Kohl, eindeutige Mehrheiten im Parlament zu organisieren und eine Volksabstimmung über den Euro zu verhindern. Nur die Linkspartei und Teile der SPD (hier sei Oskar Lafontaine genannt) waren keine Eurofreunde. Der frühe Eurokritiker Prof. Wilhelm Hankel sprach damals die prophetischen Worte: "In der ganzen Politikgeschichte hat es noch nie den Fall gegeben, dass sich die Währung vom Staatsraum trennt. Die einzelnen Staaten müssen sich an monetäre Vorgaben halten und das fällt ihnen verdammt schwer". Die deutschen Medien waren immer ein gelegentlich kritischer, aber treuer Weggefährte des Europrojekts. Die europäische Einheitswährung war Zukunft, Preis der deutschen Wiedervereinigung, ein Friedensgarant, ein europäisches Prestigeobjekt (Dollarparität sei als Stichwort in Erinnerung gerufen), sein Kommen hatte adventliche Züge. Das Merkelsche „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“ war in der damaligen Berichterstattung bereits angelegt. Selbst die Behauptung im Jahre 2000, Griechenland erfülle die strengen Kriterien zum Eurobeitritt, wurde zwar nicht überall ernst genommen, aber Zweifel daran auch journalistisch dem Großen und Ganzen untergeordnet. „Es gab in Deutschland einen politischen Durchmarsch bei der Euro-Einführung, der sich auf eine breite gesellschaftliche Mehrheit der Funktionselite stützte“. Dieser Satz stammt pars pro toto von dem SPD-Wirtschafts – und Finanzpolitiker Dieter Spöri, der vor politischen Lebenslügen angesichts der Eurokrise warnt! Die deutschen Medien wollten einmal mehr staatstragend sein, das

ist meine ergänzende These und das ist ihnen auf die Füße gefallen. 13 Millionen Bundesbürger sagen: Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht (mehr)!

Und jetzt abschließend zum Ukraine Konflikt. Hier muss ich nicht allzu viel erklären und in Erinnerung rufen. Es ist kein Geheimnis, dass sogar öffentlich-rechtliche Rundfunk – und Fernsehräte eine gewisse Unausgewogenheit der Berichterstattung beobachtet haben wollen. Ab März 2014 gibt es wieder Montagsdemonstrationen, auch Mahnwachen für den Frieden genannt. Dort wird auch massive Journalistenschelte betrieben und der Begriff Lügenpresse findet wieder einmal Verwendung. Der Vorwurf in Richtung Medien: sie rüsteten bereits verbal auf zum Krieg gegen Russland. Nur ein winziges Zitat aus dem Netz, von der Seite Propagandaschau, die ich hier ausdrücklich noch nicht einmal als abschreckendes Beispiel empfehlen will, weil sie nicht mit offenem Visier kämpft, das Impressum ist ein Witz. Sei's drum: hier das klitzekleine Zitat, in dem doch alles enthalten ist:

„Die Frechheit, mit der die Lügenpresse die Bürger belügt und gegen Russland aufhetzt, ist nur noch atemberaubend“.

Substanzlos, undifferenziert, aber nicht ohne Wirkung. Zum Schluss meiner Bestandsaufnahme komme ich zurück auf die repräsentative Umfrage der Kollegen des NDR-Medienmagazins Zapp. Sie erinnern sich, darin gaben 70 Prozent der Befragten an, nur noch wenig oder kaum mehr Vertrauen in die Medien zu haben. Gefragt wurde auch nach einzelnen Themen. Beim Lokführerstreik hatten immerhin noch 54 % der Befragten großes bis sehr großes Vertrauen in die Medien, im Falle Syrien und Islamischer Staat sind die Mehrheiten bereits gekippt, da trauen uns nur noch 42 Prozent der Rezipienten mehr oder weniger uneingeschränkt über den Weg. Und jetzt zum traurigen Tiefpunkt. In der Ukraine-Berichterstattung haben wir unser Publikum zu zwei Dritteln verloren. Gerade noch 33 Prozent der Ende 2014 befragten Bundesbürger trauen den klassischen inländischen Medien in Sachen Ukraineberichterstattung über den Weg. Die genannten Gründe: die Berichterstattung sei nicht objektiv, die Berichterstattung entspreche nicht der Realität, sie sei

gesteuert und beeinflusst. Das waren die 3 am häufigsten genannten Gründe. Und 13 Millionen Skeptiker rufen: Kriegshetzer! Das Internet ist voller Seiten, die sich ausschließlich oder doch intensiv dem Thema Ukraine widmen. Die meisten sind Pro-Putin. Wie die russischen Medien auch deutlich eher den Begriff „staatsnah“ verdienen dürften als ARD und ZDF. Egal, wir sind die Bösen. Und soweit mein Problemaufriss.